

# Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Von HELMUT CREUTZ

Mit den oben angeführten Forderungen hat die Ökumenische Gesellschaft bereits vor fünfzehn Jahren ihre Ziele dokumentiert. Ist aber diese Bündelung verschiedener Ziele unter den heutigen Gegebenheiten überhaupt umsetzbar, oder schließen sie sich möglicherweise gegenseitig aus?

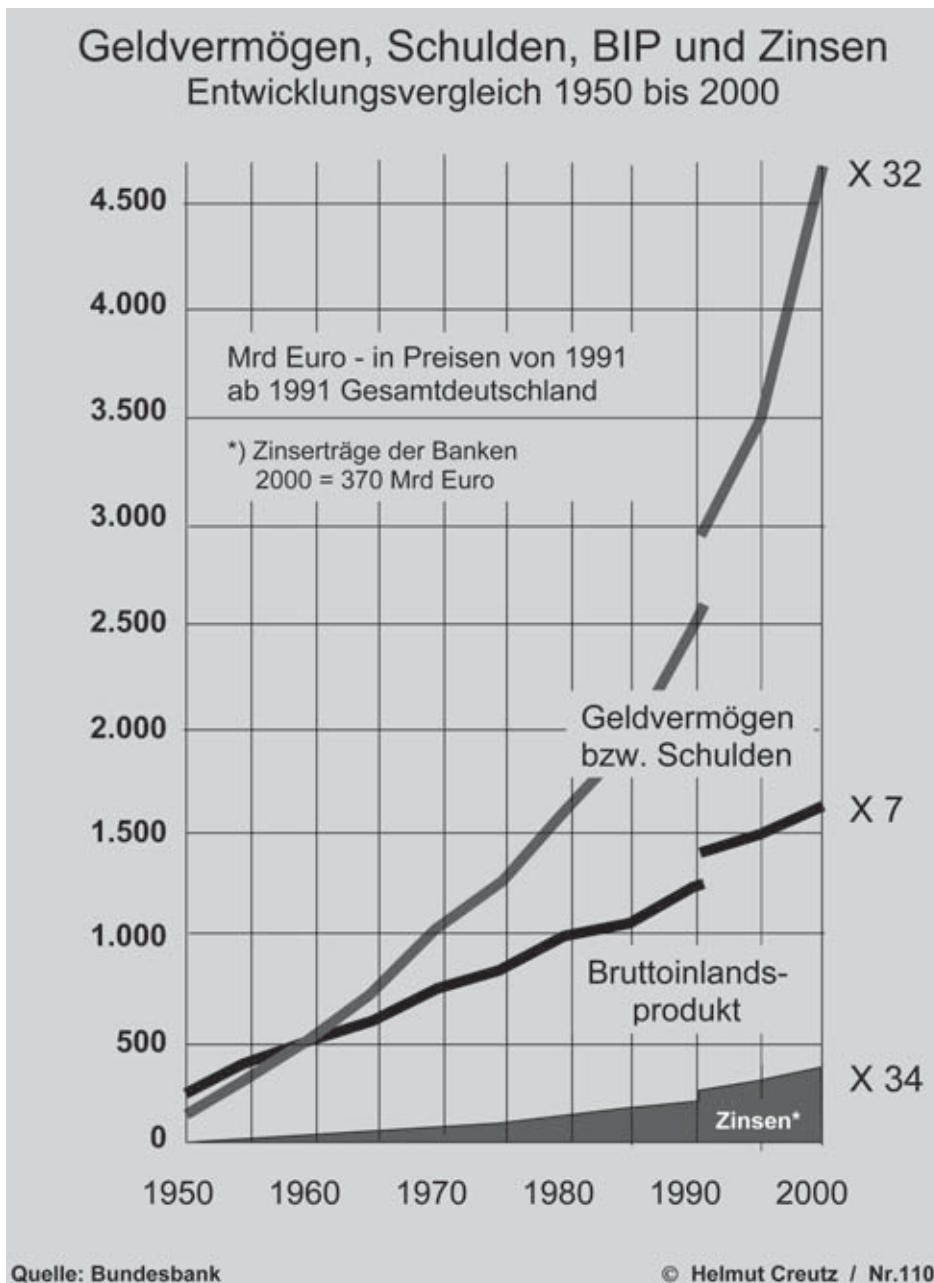


Geht man dieser Frage nach, dann ist als erstes festzuhalten, dass die Bewahrung der Schöpfung letztlich nur durch eine Reduzierung unseres Umweltverbrauchs und damit des materiellen Wachstums erreicht werden kann. Eine Reduzierung des Wirtschaftswachstums aber würde unter den gegebenen Bedingungen eine Eskalation der sozialen Spannungen zur Folge haben, vor allem durch eine explosive Zunahme der Diskrepanzen zwischen Arm und Reich. Wir haben also im Grunde heute nur die Wahl zwischen zwei Alternativen: Entweder Schutz der Umwelt zu Lasten des sozialen und damit auch des politischen Friedens, oder Erhalt des sozialen Friedens auf Kosten der Umwelt.

## Warum stecken wir in diesem Dilemma?

In jeder Volkswirtschaft wird das in Gütern und Leistungen gemessene Jahresergebnis der Wirtschaft, bzw. das daraus resultierende Volkseinkommen, zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt.

Bei der Aufteilung des Volkseinkommens aber hat das Kapital, und hier vor allem das Geldkapital, den Erstzugriff. Sein Anspruch liegt bereits im Vorhinein unverrückbar fest, nämlich als Resultat aus Kreditvolumen mal Zinssatz. Da aber dieses Geldkapital, dem in gleicher Höhe die Verschuldung unserer Volkswirtschaft gegenübersteht, seit 1950 im Jahresdurchschnitt real um sieben Prozent und damit fünf Mal rascher als die Wirtschaftsleistung zugenommen hat, steigt auch der daraus resultierende Anspruch an das Volkseinkommen von Jahr zu Jahr überproportional an (siehe Darstellung 1/Nr. 110). Und dieser stetig wachsende Anspruch des Geld- » » »



Darstellung 1

kapitals ist auf Grund der einklagbaren Kreditverträge in jedem Fall zu erfüllen, gleichgültig ob die Wirtschaftsleistung ausreichend, unzureichend oder gar nicht gesteigert werden konnte. Unter Strafe von Zahlungsunfähigkeit und Bankrott ist dieser Anspruch sogar dann zu erfüllen, wenn die Leistung der Gesamtwirtschaft zurückgeht, bzw. der einzelne Kreditnehmer nur Verluste erwirtschaftet hat.

#### Was sind die Folgen dieser Anspruchsentwicklung?

Da man jeden Kuchen bekanntlich nur einmal essen kann, wird die für die Arbeit verbleibende Restgröße des Volks-

einkommens, nach Abzug der Kapitaleinkommen, von Jahr zu Jahr relativ kleiner. Liegt der Umfang des Wirtschaftswachstums unter den Mehransprüchen des Kapitals, geht der Restanteil sogar absolut zurück. Über die Verteilung dieser Restgröße streiten sich dann jedes Jahr Arbeitgeber und Arbeitnehmer medienwirksam in der Öffentlichkeit, während die voraus gegangenen Verteilung zwischen Kapital und Arbeit, gewissermaßen automatisch und lautlos, über die Bühne gegangen ist.

Selbst wenn – wie in Zinsanstiegsphasen immer wieder der Fall – der Anspruch des Geldkapitals in einem Jahr um 15 oder mehr Prozent in die Höhe

schießt, ist aus den Medien darüber so gut wie nichts zu erfahren. Dabei handelt es sich bei diesen Anstiegen schon lange nicht mehr um Bagatellen. Angesichts eines Schuldenvolumens, das mit 6.795 Mrd Euro (Stand Ende 2005) inzwischen gut vier Mal so hoch ist wie das Volkseinkommen, schlägt jeder Zinssatzanstieg immer deutlicher zu Buche. So sind z.B. alleine die Zinserträge der Banken, also die Zinsbelastungen der Bankschuldner, in den Jahren 2000 und 2001 von 323 auf 382 Mrd Euro angestiegen, also um rund 60 Milliarden, was zwangsläufig eine entsprechende Verschiebung des Volkseinkommens von der Arbeit zum Besitz zur Folge hatte. Die Größenordnung einer solchen Verschiebung wird nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass diese 60 Milliarden Euro zehn Prozent der Nettolöhne entsprach und die gesamten Bankzinserträge bereits zwei Drittel dieser Lohngröße erreicht haben! Wie sich solche durch den Zins bedingten Einkommensverschiebungen mittelfristig auswirken, zeigt die Darstellung 2/Nr. 137c.

In den Medien werden solche Zahlen und Vergleichsgrößen so gut wie nie erwähnt, hier schlagen sich die Folgen solcher Anteilsverschiebungen höchstens als Berichte über Firmenpleiten und vor allem über Anstiege der Arbeitslosigkeit nieder. Nur selten werden die eigentlichen Ursachen solcher Entwicklungen einmal angesprochen und dann auch eher in verdeckten Andeutungen, wie z.B. von dem LZB-Präsident von Niedersachsen, Hans-Helmut Kotz in seiner Neujahrsansprache 2001:

*„In der unvollständigen Welt, in der wir leben,... ist Arbeitslosigkeit der Mechanismus, der die Ansprüche von Lohn- und Kapitaleinkommensbezieher, die in der Summe bisweilen höher als die gesamte Wertschöpfung sind, in Übereinstimmung bringt.“*

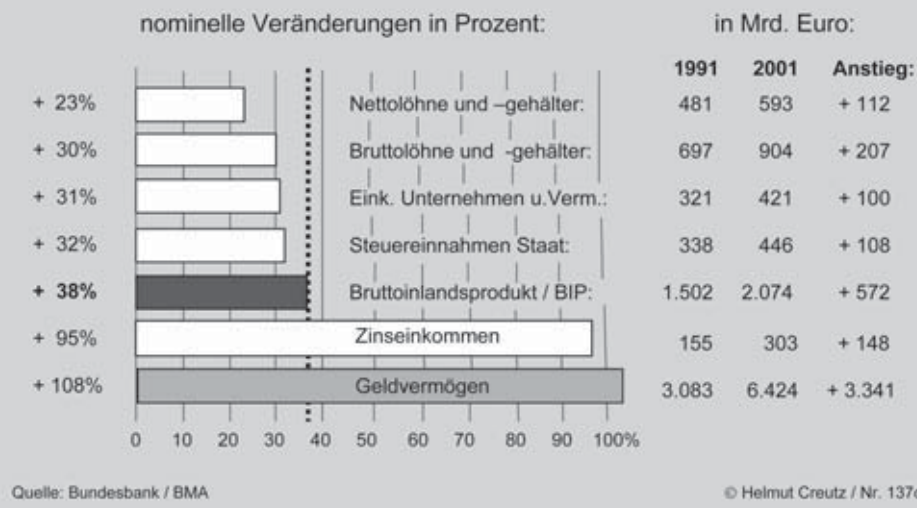
Da sich aber in den letzten Jahrzehnten nur die Ansprüche der Kapitaleinkommensbezieher über den Zuwachs der Wirtschaft hinaus erhöht haben, müssen sich in unserer „unvollständigen Welt“ schon ebenso lange die Arbeitleistenden mit weniger Zuwachs » » »

oder gar Kürzungen ihrer Einkommen zu Frieden geben. Das geschieht entweder durch Reduzierung der Lohnhöhen der Arbeitnehmer oder durch die Reduzierung ihrer Zahl, also durch Entlassungen. Inzwischen geschieht beides gleichzeitig, auch wenn man – zur Kaschierung der Vorgänge – bei gleich bleibenden Löhnen längere Arbeitszeiten durchdrückt. Verhindern dies die Gewerkschaften durch Streiks, oder setzen sie sogar ab und zu einige Lohnerhöhungen durch, die den verbleibenden „Rest des Kuchens“ übersteigen, dann – so der LZB-Präsident Kotz – „schlagen sich Anspruchsüberforderungen in Preisniveausteigerungen nieder“, also in Inflation! Das heißt, die Arbeitnehmer erhalten dann zwar mehr Lohn, aber bei verringerter Kaufkraft.

Dass angesichts dieser Alternativen den Politikern aller Parteien bei einem Absinken der Wachstumsraten die Knie weich werden und sie mit allen Mitteln eine Ankurbelung des Wachstums betreiben, ist verständlich. Ebenso, dass vor diesem Hintergrund alle Sonntagsreden über Umweltschutz, Bewahrung der Schöpfung und des Friedens in Vergessenheit geraten. Denn nur durch Wirtschaftswachstum und damit steigenden Steuereinnahmen, kann heute die Politik ihren schwindenden Handlungsspielraum wieder etwas aufbessern.

Aber diese angeführten Verteilungsprobleme als Folge eskalierender Schulden und Schuldenlasten zwingen uns heute nicht nur gesamtwirtschaftlich ein ständiges Wachstum auf. Auch jeder einzelne Kreditnehmer ist in direkter Weise zur Leistungssteigerung gezwungen. Denn die mit den steigenden Verschuldungen verbundenen Zinslasten kann er letztlich nur durch eine Ausweitung seiner persönlichen Leistung absichern. Ansonsten bleibt ihm nur ein Engerschnallen seines Gürtels. Diese notwendigen persönlichen oder unternehmerischen Leistungssteigerungen werden aber durch die sinkende Massenkaufkraft zunehmend konterkariert, so dass sich das Leben in unseren Gesellschaften immer mehr von einem friedlichen Miteinander zu einem rücksichtslosen Gegen-einander verschiebt. Oder wie es Tristan

## Unterschiedliche Einkommensentwicklungen / 1991-2001



Darstellung 2

Abremeit einmal treffend ausgedrückt hat: Die friedliche Marktwirtschaft des „Leben und Lebenlassens“ verkommt immer mehr zu einer Wirtschaft des „Fressen oder Gefressenwerdens“, eben zu einem reinem Kapitalismus.

### Warum aber steigen die Schulden so rasant?

Geld leihen kann man nur bei jemandem, der Geld übrig hat. Das heißt, die Schulden in einer Gesellschaft können nur in dem Umfang zunehmen wie die Ersparnisse. Mit diesen Ersparnissen wächst jedoch nicht nur die Möglichkeit zur Schuldenaufnahme, sondern auch der Druck dazu. Denn irgendeinem Wirtschaftsteilnehmer muss im gleichen Umfang Geld fehlen, wie es ein anderer übrig hat. Der Geld- und Wirtschaftskreislauf kann also nur durch das Ausleihen dieser Überschüsse geschlossen und damit die Konjunktur stabil gehalten werden. Denn jeder Euro, der aus dem Kreislauf heraus gehalten wird, erzeugt eine Nachfragerücke und in deren Folge Arbeitslosigkeit. Anders ausgedrückt: Vollbeschäftigung ist nur dann gesichert, wenn alle Einkommen auch wieder zur Nachfrage werden. Aufgrund dieser Gegebenheiten müssen also in jeder Volkswirtschaft die Schulden mit den Geldvermögen anwachsen. Diese aber vermehren sich immer mehr aus sich selbst heraus, auf Grund des Zins- und Zinseszinsmechanismus sogar mit

einem exponentiellen Trend. Selbst die Bundesbank hat schon vor Jahren von der „Selbstalimentation der Geldvermögen“ geschrieben und dargelegt, dass bei den privaten Haushalten die Zinsgutschriften bereits bei 80 Prozent ihrer Ersparnisse liegen.

Dem viel beklagten Wachstumszwang geht also ein Verschuldungszwang voraus. Dieser Verschuldungszwang ist so groß, dass auch der Staat ihm kaum entweichen kann. Darauf hat der deutsche Wirtschaftsprofessor Rüdiger Pohl, über viele Jahre Mitglied des Sachverständigenrates, bereits am 11.12.1987 in der Wochenzeitung DIE ZEIT hingewiesen:

*„Wohlgermerkt: Staatliche Kreditaufnahme ist kein Selbstzweck. Aber wenn das Kapitalangebot aus privaten Ersparnissen steigt, gleichzeitig die Kapitalnachfrage...der Unternehmen wegen der schwachen Investitionsneigung gering bleibt, dann muss der Staat das am Markt entstehende Kapitalüberangebot aufnehmen, weil anderenfalls eine deflationäre Wirtschaftsentwicklung einsetzen würde.“*

Was ergibt sich aus diesen Gegebenheiten und Zwängen für die Erfüllung des Zielkatalogs Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung? Dass die Bewahrung der Schöpfung und des Friedens in der Welt eine Reduzie- » » »

rung unseres Wirtschaftswachstums und damit des Umweltverbrauchs und der Umweltbelastungen erfordert, dürfte unbestritten sein. Und das nicht nur allein aus ökologischen Gründen, sondern auch im Hinblick darauf, dass bereits unser heutiger Verbrauch in den Industrienationen unmöglich zu einem Maßstab für die übrigen Länder in der Welt werden kann. Das heißt, der Frieden in der Welt setzt letztlich ein gleiches Anrecht aller Menschen an die Güter dieser Erde voraus und damit, in unseren Breiten, zumindest eine Eingrenzung unserer materiellen Ansprüche auf den heutigen Stand. Durch Reduzierung der heute zum Wachstum notwendigen Wegwerfmentalität und durch verbesserte Produktionsmethoden, kann dieser derzeitige Lebensstandard sogar mit einem ständig sinkendem Ressourcenverbrauch sowie sinkenden Produktionsleistungen und Arbeitszeiten verbunden werden. Eine solche sinnvolle Umstellung der Produktions- und Verbrauchsmethoden würde also nicht nur den übrigen Ländern ein Mehr an Ressourcen zur Verfügung stellen, sondern auch für uns Vorteile haben.

#### Fazit:

Angesichts der vorstehend beschriebenen Entwicklungen der Geldvermögen und Schulden sowie der daraus resultierenden Verteilungsmechanismen, würde eine Reduzierung unseres Wirtschaftswachstums und noch mehr eine des heutigen Leistungsumfangs unter den heutigen Bedingungen zwangsläufig zu einem beschleunigten Rückgang der Arbeitseinkommen führen. Das heißt, die Ökumenische Bewegung befindet sich mit ihren Forderungen in einer Zwickmühle: Setzt man das Ziel der Bewahrung der Schöpfung in die Praxis um, dann nehmen über den Rückgang der Arbeitseinkommen die sozialen Spannungen zu und als Folge auch die Gefährdungen des Friedens. Und würde man versuchen, die bereits vorhandenen Ungleichgewichte der Einkommensverteilung zugunsten der Arbeit zu verbessern, so wäre das heute nur über ein deutliches Wachstum der Wirtschaft zu erreichen und damit auf Kosten einer beschleunigten Umweltzerstörung. Alle Zielfelder, also Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, lassen sich nur erreichen, wenn die Überentwicklung der Geldvermögen und Schulden zumindest auf die Entwicklung der Leistung zurückgeführt werden kann. Zu einem solchen Ausgleich und damit einer nachhaltigen und sozial stabilen Wirtschaft und Gesellschaft, kann es jedoch nur dann kommen, wenn auch die Zinssätze im Gleichschritt mit der Sättigung der Märkte gegen null heruntergehen und mit ihnen die heutigen problematischen Umverteilungen von der Arbeit zum Besitz. Das wiederum hat eine Korrektur der Geldordnung zur Voraussetzung, bei der die derzeitigen Umlaufsicherungsmittel Zins und Inflation durch eine zinsunabhängige Umlaufsicherung ersetzt werden, wie das – nach Silvio Gesell – auch von John Maynard Keynes und Irving Fisher bereits in den 30er Jahren vorgeschlagen worden ist.

Diese Forderung mag utopisch erscheinen oder auch sein, aber sie ist unumgänglich, wenn wir die genannten Ziele erreichen wollen.

« « «



„Es gibt nichts,  
was so verheerend ist,  
wie ein rationales  
Anlageverhalten in einer  
irrationalen Welt.“

John Maynard Keynes